



Pressemitteilung:

Schritt für Schritt zur „FAIRgabe“ im kommunalen Beschaffungswesen

GLH startet Aktionswochen für öko-faire Beschaffung – Infostände an den EDEKA-Märkten am 23. Oktober

Mit rund 360 Mrd. Euro ist die öffentliche Hand, Bund, Länder und Kommunen, der größte Einkäufer von Waren und Dienstleistungen in Deutschland. Gleichzeitig dominiert durch vielerorts klamme öffentliche Kassen bei Verwaltungen und Behörden, den Vorgaben der Politik folgend, eine von kurzfristigen Überlegungen geprägte „Geiz ist geil“-Mentalität.

Im völligen Gegensatz dazu, verlangen die globalen Herausforderungen – vom Klimaschutz bis zur Einhaltung der Menschenrechte – ein neues Konzept des nachhaltigen Wirtschaftens. Die Entscheidungen und das Verhalten der Länder und Kommunen bei der Beschaffung, also dem Einkauf von Verbrauchsgütern und Materialien, sind dabei ein strategischer Ansatzpunkt, um soziales und ökologisch zukunftsfähiges Konsumverhalten vorbildhaft anzustoßen. Gleichzeitig kann die öffentliche Hand als bedeutender Investor und Einkäufer, Umwelt zerstörerische Praktiken und menschenunwürdige Zustände in der Produktion von Waren aktiv verhindern.

Einige Dutzend Kommunen in Baden-Württemberg haben mittlerweile Beschlüsse gefasst, nachhaltige, soziale und ökologische Standards bei der Auftragsvergabe und der Beschaffung zu berücksichtigen. Sie setzen damit eine EU-Richtlinie aus dem Jahr 2004 um, die erst 2009 ins deutsche Vergaberecht als Kann-Vorschrift übernommen wurde. Das Land Baden-Württemberg selbst hat sich z.B. im Oktober 2008 verpflichtet, bei öffentlichen Beschaffungen den Erwerb von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu vermeiden und empfiehlt den Kommunen diese Regelung ebenfalls anzuwenden.

Einige Gemeinden gehen darüber hinaus und fordern grundsätzlich die Einhaltung der Menschen- und Arbeitsrechte sowie des Umweltschutzes – etwa die Stadt Heidelberg. Auf diese Weise können Kommunen einen Beitrag zur Nachhaltigkeit und zur fairen Globalisierung leisten.

Mit einer Vielzahl von Aktionen möchte die GLH in Hirschberg in diesem Herbst bei den Bürgerinnen und Bürgern für eine Umsetzung öko-fairer Standards bei der Beschaffung in der Gemeinde Hirschberg werben. Am Samstagmorgen, den 23. Oktober gibt es dazu Infostände vor den Einkaufsmärkten in beiden Ortsteilen. Bei dieser Gelegenheit werden die Hirschberger Grünen auch mit der Verteilung von Postkarten beginnen, mit denen die Hirschbergerinnen und Hirschberger Bürgermeister Just und die Gemeinderäte schriftlich auffordern können,

- künftig sozial und ökologisch verantwortlich produzierte Produkte für die Gemeinde einzukaufen;
- sich für einen Gemeinderatsbeschluss zur verantwortlichen Beschaffung in allen Bereichen, die die Gemeinde Hirschberg selbst verantwortet, einzusetzen und der sich nicht allein auf das Verbot ausbeuterischer Kinderarbeit beschränkt;
- sowie einen entsprechenden Beschluss wirkungsvoll umzusetzen und den Gemeinderat und die Öffentlichkeit (z.B. im Rahmen des Hirschberger Bürgertages) regelmäßig über die getroffenen Maßnahmen zu informieren.

Darüber hinaus wird ab dem 22. November im Foyer des Rathauses eine vom Dachverband Entwicklungspolitik e.V. konzipierte und vom Baden-Württembergischen Landeswirtschaftsministerium geförderte Aus-

stellung zum Thema „ausbeuterische Kinderarbeit“ gezeigt werden, die auch praktische Vorschläge für Umsetzungen in den Gemeinden enthält.

Gleichzeitig plant die GLH-Fraktion eine Anfrage an die Verwaltung, in welchen Bereichen derzeit nach ausdrücklich sozialen und ökologischen Kriterien eingekauft wird. GLH hofft damit auch möglicherweise die Grundlage für einen interfraktionellen Antrag im kommenden Jahr, für die Umsetzung ökologischer und fairer Beschaffungsrichtlinien in Hirschberg zu schaffen.

(477 Wörter, 3281 Zeichen – ohne Leerzeichen –)